

Mismatch von Angebot und Nachfrage – Wo liegen die Herausforderungen?

Statements von Elke Hannack (DGB) und Peter Clever (BDA)

Hinter den zunehmenden Passungsproblemen am Ausbildungsmarkt stehen Besetzungs- oder Versorgungsprobleme, die je nach Beruf, Branche und Region sehr unterschiedlich ausfallen. Welche Folgen hat diese Entwicklung für Betriebe und für ausbildungsinteressierte Jugendliche und was muss auf bildungs- und beschäftigungspolitischer Ebene getan werden, um Angebot und Nachfrage künftig besser zusammenzubringen? Anhand von fünf Themenbereichen beziehen Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende, und Peter Clever, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der BDA, Stellung.

1. Ausbildungsmarktbilanz 2015: 41.000 Ausbildungsplätze blieben im Jahr 2015 unbesetzt. Das ist seit 1996 ein Höchststand. Gleichzeitig fanden fast doppelt so viele – 80.800 – ausbildungsinteressierte Jugendliche keine Ausbildungsstelle.

BWP Herr Clever, stellen die Betriebe bei der Rekrutierung ihres Fachkräftenachwuchses zu hohe Anforderungen?

BWP Frau Hannack, sind die Jugendlichen bei der Wahl des Ausbildungsberufs oder -betriebs zu anspruchsvoll?

HANNACK Nein, sind sie nicht. Viele Betriebe setzen aber auf eine Bestenauslese und geben Jugendlichen mit einem Hauptschulabschluss kaum noch eine Chance auf eine Ausbildung. Nicht einmal jeder zweite Hauptschüler schafft den direkten Sprung von der Schule in die Ausbildung. Wir haben uns die bundesweite Lehrstellenbörse der Industrie- und Handelskammern genau angeschaut. Zwei von drei Ausbildungsangeboten stehen dort Hauptschülern nicht offen. Dies betrifft nicht nur sehr anspruchsvolle Berufe – wie den Produktionstechnologen –, sondern auch Branchen, die seit Jahren über einen Azubi-Mangel klagen. Diese Betriebe lassen ihre Ausbildungsplätze eher unbesetzt, als einen Hauptschüler einzustellen. Die Jugendlichen bleiben dann oft unversorgt oder werden in Ersatzmaßnahmen geparkt. Mehr noch: Offiziell blieben 2015 mehr als 80.000 junge Menschen ohne Ausbildungsplatz. Dabei wurden nur die Jugendlichen gezählt, die der Bundesagentur für Arbeit anzeigen, dass sie akut noch einen Platz suchen. Wer im September noch in einer Maßnahme hängt und die Suche für das laufende Jahr aufgegeben hat, wird nicht als unversorgt gezählt. Die 80.000 Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz sind also nur die Spitze des Eisbergs.

CLEVER Zunächst einmal: Rund 60.000 – und damit der weit überwiegende Teil dieser gut 80.000 ausbildungsinteressierten Jugendlichen – entscheiden sich für eine andere Option. Sie beginnen zum Beispiel ein Studium, gehen weiter zur Schule oder absolvieren eine berufsvorbereitende Maßnahme. Obwohl die Jugendlichen eine Alternative zu einem Ausbildungsplatz haben, halten sie ihren Vermittlungswunsch bei der Bundesagentur für Arbeit aufrecht. Nur rund 20.000 haben tatsächlich keinen Einstieg gefunden. Angesichts von gleichzeitig 41.000 offenen Lehrstellen ist doch klar, wo unser gemeinsamer Handlungsbedarf liegt: Wir müssen beim Matching besser werden. Dass eine Vermittlung nicht zustande kommt, liegt häufig an den Berufswünschen der Jugendlichen, die nicht zu den angebotenen Ausbildungsplätzen passen. Auch mangelnde örtliche Mobilität der Jugendlichen erschwert das Matching von Angebot und Nachfrage. Laut PISA-Studie der OECD sind noch immer knapp 20 Prozent der Schulabgänger nicht ausbildungsreif. Das alles zeigt ganz klar: Die Ansprüche der Betriebe sind nicht generell zu hoch. Viele Unternehmen kümmern sich mit großem Engagement um leistungsschwächere oder benachteiligte Schulabgänger. So bieten etwa zwei Drittel der ausbildenden Betriebe Nachhilfe oder Stützunterricht an. Das ist eine große Chance, die genutzt werden sollte. Denn Bewerberinnen und Bewerber, die in der Schule keine Bestnoten haben, können häufig dennoch mit verborgenen Talenten punkten.

**PETER CLEVER**

Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

»Wichtig ist, bereits in der Schule für die notwendige Ausbildungsreife zu sorgen. Dazu gehört eine fundierte und praxisorientierte Berufsorientierung spätestens ab Klasse 7.«

**ELKE HANNACK**

stv. Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

»Nur wer Jugendlichen eine gute Ausbildung und auch vernünftige Entwicklungsperspektiven bietet, wird diese für die Ausbildung im Betrieb gewinnen können.«

2. Berufs-Mismatch: Besetzungsprobleme spitzen sich gerade in den primären Dienstleistungsberufen zu.

BWP Werden Betriebe ihren Arbeitskräftebedarf in diesem Bereich künftig über fachfremd Qualifizierte oder Ungelernte decken müssen? Herr Clever, wie ist eine solche Entwicklung aus Sicht der Wirtschaft zu beurteilen?

CLEVER Für Unternehmen aller Größenklassen wird es angesichts der demografischen Entwicklung immer wichtiger, den eigenen Fachkräftebedarf auch durch Ausbildung zu sichern. Ausbildung ist auch die beste Basis für passgenaue Weiterbildung in gemeinsamer Verantwortung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Ergänzend zur Ausbildung kann die schrittweise Nachqualifizierung von An- und Ungelernten eine gute Alternative sein, zum Beispiel über Ausbildungsbausteine. Damit können diese Personen entsprechend ihren individuellen Voraussetzungen den Lernfortschritt »portionsweise« organisieren. Die einzelnen Module sind dabei inhaltlich an den Curricula des jeweiligen Ausbildungsberufs ausgerichtet. In Bayern wird bereits seit 2007 auch mit massivem finanziellen und personellen Einsatz der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft ein solches pragmatisches Modell der Fachkräftesicherung umgesetzt. In Anlehnung an seinen bisherigen Erfolg haben die Arbeitgeberverbände und Bildungswerke der Wirtschaft die bundesweite »Arbeitgeberinitiative Teilqualifizierung« gegründet. Das gemeinsame Gütesiegel »Eine TQ besser!« garantiert Teilnehmenden und Unternehmen, dass alle Teilqualifizierungen bundesweit nach einem gemeinsamen Konzept entwickelt und mit einheitlichen Qualitätsstandards durchgeführt werden. Auch über das gezielte Anwerben von Fachkräften aus dem Ausland und die Integration von geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt kann ein Teil des Bedarfs gedeckt werden. Um den Fachkräftebedarf insgesamt zu decken, insbesondere im MINT-Bereich, müssen alle Elemente zusammenkommen.

BWP Laut einer im April vorgelegten DGB-Expertise weist dieser Mismatch auf Image- und Qualitätsprobleme in diesem Bereich hin. Frau Hannack, worin bestehen diese und wie lassen sie sich lösen?

HANNACK Die freien Ausbildungsplätze verteilen sich nicht mit der Gießkanne über alle Ausbildungsberufe. Es sind vielmehr seit Jahren vor allem die Hotel- und Gastronomiebranche sowie das Lebensmittelhandwerk, die ihre Plätze nicht besetzen können. Diese Branchen sind leider auch seit Jahren Problembranchen in Sachen Ausbildungsqualität. Fast jeder zweite Azubi in diesen Berufen bricht seine Ausbildung vorzeitig ab. Schaffen es die Jugendlichen zur Prüfung, ist die Misserfolgsquote extrem hoch. Die mangelnde Qualität in diesen Branchen zeigt auch Jahr für Jahr der Ausbildungsreport der DGB-Jugend. Die Jugendlichen in diesen Berufen klagen seit Langem über eine schlechte Ausbildungsqualität, einen rüden Umgangston und auch Verstöße gegen den Jugendarbeitsschutz. Es ist kein Wunder, wenn viele Jugendliche um diese Branchen einen Bogen machen. Nur wer Jugendlichen eine gute Ausbildung und auch vernünftige Entwicklungsperspektiven bietet, wird sie für die Ausbildung im Betrieb gewinnen können. In der Allianz für Aus- und Weiterbildung haben wir deshalb gerade für diese Branchen einen Dialog vereinbart, um die Ausbildung dort wieder attraktiver zu machen.

3.

Regionale Passungsprobleme: Gegen die wachsenden regionalen Disparitäten sind laut aktuellem Berufsbildungsbericht der Bundesregierung »regionenübergreifende Kooperationen« erforderlich, die zum einen auf die Mobilitätsbereitschaft der Ausbildungsinteressierten und zum anderen auf das Einstellungsverhalten von Betrieben wirken sollen.

BWP Herr Clever, was müssen solche Kooperationen leisten, um zu vermeiden, dass sich mehr und mehr Kleinbetriebe aus der dualen Ausbildung verabschieden? Wo sehen Sie weitere Ansatzpunkte?

BWP Frau Hannack, wird es künftig für Auszubildende – ähnlich wie für viele Studierende – zur Normalität werden, für den Beginn einer Ausbildung den Wohnort zu wechseln? Welche Infrastruktur setzt eine solche Mobilitätsförderung voraus?

HANNACK Viele Jugendliche wechseln bereits heute den Wohnort für ihre Ausbildung. Allerdings bleiben sie oft noch in der Region. Wer die Mobilität weiter fördern will, muss die jungen Menschen aber auch besser unterstützen. Dazu gehört zum Beispiel die Einführung von Azubi-Tickets im öffentlichen Nahverkehr, zu der sich die Länder in der Allianz für Aus- und Weiterbildung bekannt haben. Hier müssen den Worten endlich Taten folgen.

Wichtig ist es auch, günstigen, aber guten Wohnraum zu schaffen. Wenn Sie von der Mobilität der Studierenden sprechen: An jedem Hochschulstandort gibt es auch ein Studierenden-Wohnheim. Für die Azubis brauchen wir mehr Azubi-Wohnheime. Auch höhere und vor allem existenzsichernde Ausbildungsvergütungen sind eine Grundvoraussetzung, um Mobilität zu ermöglichen. Ein Friseur-Azubi in Ostdeutschland bekommt 269 Euro im Monat. Das reicht nicht, um eigenständig zu leben. Die Bundesregierung hat das Programm »MobiPro-EU« eingeführt, um Jugendlichen aus Europa eine Ausbildung in Deutschland zu ermöglichen. Es wäre an der Zeit, eine Initiative »MobiPro-DE« zu starten, um jungen Menschen auch innerhalb Deutschlands mehr Mobilität zu ermöglichen.

»Es wäre an der Zeit, eine Initiative »MobiPro-DE« zu starten, um jungen Menschen auch innerhalb Deutschlands mehr Mobilität zu ermöglichen.«

ELKE HANNACK

CLEVER Auch Kleinbetriebe engagieren sich umfänglich und dauerhaft für die duale Ausbildung! Hier führt die Statistik häufig in die Irre. Gerade sehr kleine Unternehmen eröffnen mangels Bedarf und Kapazität nicht in jedem Jahr, aber immer wieder Chancen für neue Auszubildende bei insgesamt kontinuierlichem Ausbildungsengagement.

Rund ein Drittel der Unternehmen hat 2014 vergeblich versucht, alle seine Ausbildungsplätze zu besetzen. Damit diese sich nicht aus der Ausbildung verabschieden, müssen überregionale Kooperationen insbesondere die Mobilität der Jugendlichen unterstützen. Dazu sind zum Beispiel Jugendwohnheime eine gute Möglichkeit. Auch die Bundesagentur für Arbeit leistet hier wichtige Vermittlungsarbeit. Sie vermittelt auch überregional in Ausbildung und prüft, ob finanzielle Unterstützung z. B. über Berufsausbildungsbeihilfe und Fahrtkostenzuschüsse möglich ist.

Was ist noch zu tun, um die Matching-Probleme an der Wurzel zu packen? Wichtig ist, bereits in der Schule für die notwendige Ausbildungsreife zu sorgen. Dazu gehört eine fundierte und praxisorientierte Berufsorientierung spätestens ab Klasse 7. Wenn sich zum Beispiel jedes Jahr übermäßig viele männliche Jugendliche für ihren Traumberuf Kfz-Mechatroniker bewerben, finden sehr viele von ihnen aufgrund großer Konkurrenz keinen Ausbildungsplatz. Gleichzeitig aber bleiben Stellen in ähnlich spannenden technischen Berufen unbesetzt. Das von BDA und IW getragene bundesweite Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT vermittelt jeder interessierten Schule ein Partnerunternehmen, damit die Jugendlichen die Vielfalt der Berufe in der Praxis kennenlernen und herausfinden können, welcher am besten zu ihnen passt.

10 Punkte zur

Fortschreibung der Allianz für Aus- und Weiterbildung

Bei ihrem Treffen am 2. Juni 2016 haben sich die Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung auf zehn Arbeitsschwerpunkte verständigt, mit denen die ursprüngliche Erklärung der Allianz für Aus- und Weiterbildung fortgeschrieben wird.

Ziel ist es, für einheimische wie geflüchtete Menschen:

»Die Allianz-Partner haben ein Konzept zur besseren Vermittlung und Nachvermittlung erarbeitet – ein wichtiger Fortschritt für ein besseres Matching.«

PETER CLEVER

BWP Welche der beschlossenen Maßnahmen haben sich schon im ersten Jahr als erfolgreich erwiesen? Wo sehen Sie im Ausbildungsjahr 2016/2017 vorrangig Handlungsbedarf?

CLEVER Wir haben im Jahr 2015 das Förderinstrument der Assistierte Ausbildung eingeführt. Rund 5.000 junge Menschen mit schlechten Startchancen und deren Ausbildungsbetriebe konnten die Assistierte Ausbildung bereits 2015 nutzen – das ist für ein gänzlich neues Förderinstrument ein beachtlicher Erfolg. Auch die ausbildungsbegleitenden Hilfen stehen nun einem größeren Personenkreis zur Verfügung und wurden 2015 von rund 41.000 Jugendlichen genutzt. Zudem haben die Allianz-Partner ein gemeinsames Konzept zur Verbesserung der Vermittlung und Nachvermittlung erarbeitet – ein wichtiger Fortschritt für ein besseres Matching. Im Ausbildungsjahr 2016/17 wollen wir alle diese Instrumente in die Fläche tragen und bedarfsorientiert weiterentwickeln. Wir wollen auch mehr leistungsstarke junge Menschen für die betriebliche Ausbildung gewinnen und die Attraktivität einer Ausbildung noch stärker sichtbar machen. Dafür ist eine verbesserte Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung wichtig, zum Beispiel durch verbesserte wechselseitige Anerkennung von beruflichen und akademisch erworbenen Qualifikationen.

4. Mit der **Allianz für Aus- und Weiterbildung** haben sich Bund, Länder, Wirtschaft und Gewerkschaften zum Ziel gesetzt, die Lage auf dem Ausbildungsmarkt zu verbessern und Passungsprobleme regional und berufsfachlich nachhaltig zu verringern.

HANNACK Im ersten Allianz-Jahr haben wir wichtige Meilensteine gesetzt – mit dem Ausbau der ausbildungsbegleitenden Hilfen, der Einführung der Assistierte Ausbildung oder einem neuen Konzept zur Nachvermittlung von Jugendlichen, um Betriebe und mögliche Azubis besser zusammenzubringen. Wir haben uns auch frühzeitig der Integration von Geflüchteten in Ausbildung angenommen, indem wir gemeinsam auf einen sicheren Aufenthaltsstatus während und nach der Ausbildung gedrängt haben. Die Allianz zeigt bereits erste Wirkung. Der Sinkflug der Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge wurde erstmals seit 2011 annähernd gestoppt. Nur zum Vergleich: Die BIBB-Prognose für 2015 lag einst bei 505.000 Ausbildungsverträgen – erreicht haben wir 522.000. Die Richtung stimmt, wir sind aber noch lange nicht am Ziel. Wir brauchen mehr betriebliche Ausbildungsplätze. Hier müssen wir unsere Anstrengungen noch deutlich ausbauen. Und wir müssen die Ausbildung gerade in den Branchen mit Besetzungsproblemen verbessern. Dazu zählt eine gute Ausbildung, aber auch eine gute Bezahlung. Wie wäre es mit einer gemeinsamen Kampagne »Pro Tarifbindung« von Arbeitgebern und Gewerkschaften?

1. ein hohes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen sicherzustellen,
2. den Ausbildungspfad mit seinen unterstützenden Instrumenten weiter zu stärken,
3. die Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt anzugehen,
4. die Qualität der dualen Ausbildung weiter zu stärken,
5. die Attraktivität der beruflichen Bildung auch mit Blick auf leistungsstarke Jugendliche zu erhöhen,
6. Qualifikationen besser sichtbar zu machen und die Datenlage mit Blick auf Flüchtlinge zu verbessern,
7. die Nachqualifizierung auszubauen,
8. Berufsschulen auch als Ort der Sprachvermittlung zu unterstützen,
9. die duale Ausbildung in die digitale Zukunft zu führen und
10. den Erfahrungsaustausch zu stärken sowie für duale Ausbildung zu werben.

»Wir müssen die Sprachförderung und frühzeitige Kompetenzerfassung in den Blick nehmen.«

PETER CLEVER

5. Integration von Geflüchteten: Im September 2015 haben sich die Allianzpartner auf Maßnahmen zur schnelleren Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit verständigt.

BWP Frau Hannack, die Ausbildungsanfängerquote von ausländischen Jugendlichen liegt deutlich unter der von deutschen. Was stimmt Sie hoffnungsfroh, dass es bei der Integration geflüchteter Menschen besser klappt?

HANNACK Unser Ausbildungssystem steht vor einem Kraftakt. Wir brauchen mehr Hilfen für junge Flüchtlinge und Betriebe, um ihnen eine Ausbildung zu ermöglichen. Wir sollten dabei auf die bewährten Instrumente setzen, die wir in der Allianz für Aus- und Weiterbildung vereinbart haben: Ausbildungsbegleitende Hilfen und Assistierte Ausbildung. Sie müssen stärker als bisher vereinbart ausgebaut werden.

Und trotzdem wird sich spätestens in ein, zwei Jahren der Ausbildungsplatzmangel weiter verschärfen. Wir brauchen mehr betriebliche Ausbildungsplätze. Und wir müssen in Regionen, die heute schon einen sehr angespannten Ausbildungsmarkt haben, ein Bund-Länder-Programm für außerbetriebliche Ausbildung schaffen.

Was wir nicht brauchen, sind Schmalspur-Ausbildungen für Geflüchtete, denn unterhalb einer vollwertigen Ausbildung gäbe es damit einen parallelen Markt mit Häppchen-Ausbildungen, die die Menschen auf Arbeit in prekären Verhältnissen vorbereiten. So entstehen keine Perspektiven für diese Menschen. Ich bin deshalb froh, dass wir uns in der Allianz für Aus- und Weiterbildung darauf geeinigt haben, dass der vollwertige Abschluss weiterhin der Maßstab bleibt.

»Was wir nicht brauchen, sind Schmalspur-Ausbildungen für Geflüchtete.«

ELKE HANNACK

BWP Herr Clever, die Wirtschaft hat mit der Kampagne »Wir zusammen« das Engagement deutscher

Unternehmer sichtbar gemacht. Was braucht es darüber hinaus an strukturellen Rahmenbedingungen, damit Integration gelingt?

CLEVER Unser gemeinsamer »Arbeitsstab Flüchtlinge« von BDA, BDI und Bundesagentur für Arbeit setzt auf der strukturellen Ebene an. Wir bringen gute Praxis in die Fläche und identifizieren gemeinsam Handlungsfelder mit der Politik. Im Rahmen der Initiative wurde auf dem Arbeitsmarktmonitor der BA eine Best-Practice-Plattform zur Erfassung von Projekten, Initiativen und konkreten Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen eingerichtet, um den Austausch und die Vernetzung von Wirtschaft und Arbeitsagenturen/Jobcenter als entscheidende Akteure für die erfolgreiche Integration von Asylbewerbern mit Bleibeperspektive in den Arbeitsmarkt auf lokaler, regionaler und bundesweiter Ebene zu fördern. Damit eine Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit noch besser gelingt, müssen wir insbesondere die Sprachförderung und eine frühzeitige Kompetenzerfassung in den Blick nehmen und weiterentwickeln. Hinzukommen müssen umfangreiche Informationen zur beruflichen Bildung sowie Unterstützungsinstrumente vor und während der Ausbildung.

(Die Fragen stellte Christiane Jäger.)